

Weltnaturerbe Wattenmeer: Merkel schaltet sich in Streit ein

Heute Treffen der Staatssekretäre Hamburgs und Schleswig-Holsteins – Wirtschaftsbehörde sieht „schwarzen Peter“ bei sich

Von Simone Meyer

Das jahrelange Hickhack um das geplante „Weltnaturerbe Wattenmeer“ wird zum länderübergreifenden Spagat zwischen Umweltschutz und Wirtschaft. Auf der Zielgeraden zur Anmeldung für den Unesco-Titel soll sich jetzt sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in die Diskussion einschalten haben. Nach Informationen der GAL ist auf ihren Druck hin ein Gipfeltreffen der Experten zustande gekommen: Heute wollen die

Staatssekretäre der Umwelt- und Wirtschaftsbehörden Hamburgs und Schleswig-Holsteins erneut über die Bewerbung diskutieren. Wie berichtet, hatte Hamburg der Wattenmeer-Auszeichnung bereits 2001 grundsätzlich zugestimmt, nun aber Bedenken angemeldet, weil das Vorhaben den Ausbau der Elbe und des Hafens verzögern könnte. Nach Meinung vieler Experten sind diese Ängste unbegründet, da der Unesco-Titel keine strengeren Schutzregeln brächte als die derzeit im Nationalpark Watten-

meer gültigen. Bei dem heutigen Gespräch in Kiel wolle Schleswig-Holstein das Nachbarland noch zum Einlenken bewegen, heißt es. Umweltverbände werfen dem CDU-Senat vor, eine „historische Chance“ zu vermasseln. Auch der von der Union umworbene Koalitionspartner GAL fordert nun Bürgermeister Ole von Beust auf, die „Hamburger Blockade“ zu beenden. Seine „Glaubwürdigkeit als selbst ernannter Umwelt-Bürgermeister“ stehe auf dem Spiel, sagt Christian Maaß, umweltpolitischer Sprecher

der GAL-Bürgerschaftsfraktion. Die Wirtschaftsbehörde sieht neben den Arbeitsplätzen im Hafen aber auch den Deichbau gefährdet. „Letztlich ist keinerlei Küstenschutz – egal, in welchem Bundesland – in diese Antragsformulierungen aufgenommen“, sagt Behördensprecher Arne von Maydell. In Anbetracht des Klimawandels sei das unverantwortlich, denn grundsätzlich würde jede Deichbaumaßnahme gegen die Richtlinien des Weltes verstoßen. „Und wenn die Unesco den Titel aberkennt, haben

wir die Waldschlösschen-Diskussion am Hals.“ Für die gesamte Westküste könne der Titel wirtschaftlichen Stillstand bedeuten. „Auch in Niedersachsen sind die Bedenken mittlerweile erheblich“, sagt von Maydell. Im Nachbarland könne der Schutzstatus den Jade-Weser-Port und den Tiefseewasserhafen Wilhelmshaven gefährden. „Doch die Herren in Hannover wollen sich so kurz vor der Wahl nicht in die Nesseln setzen. Die lassen den schwarzen Peter lieber bei Hamburg.“ Wie eine Sprecherin der

niedersächsischen Umweltministeriums mitteilt, hat das Kabinett der Wattenmeer-Bewerbung jedoch schon im Dezember zugestimmt. Für Maydell wird jetzt „künstlich Druck aufgebaut.“ Für das Bundesumweltministerium drängt die Zeit: Spätestens am 16. Januar müssen alle nötigen Unterschriften auf dem Unesco-Bewerbungsformular stehen: von Umweltminister Sigmund Gabriel (SPD), der niederländischen Umweltministerin Jaqueline Cramer sowie den Nord-Regierungschefs Christian Wulff, Peter

Harry Carstensen und Ole von Beust (alle CDU). „Wenn die Meldung jetzt nicht klappt, fällt uns mit größter Wahrscheinlichkeit die ganze Angelegenheit auseinander“, sagt Tobias Dünow, Sprecher des Umweltministeriums. „Das könnte international peinlich werden.“ Doch Hamburgs Wirtschaftsbehörde akzeptiert das Verfahren nur unter „fairen Bedingungen“, betont Maydell. „Wenn sich Holland schon die Freiheit nimmt, Rotterdam und Antwerpen auszuklammern, dann dürfen wir das auch verlangen.“



Kandidaten der Abteilung Sonstige (im Uhrzeigersinn): Fahri Yardim und Sebastian Hennenberger (BandeRobusta), Heinz Strunk (Die Partei), Bernhard Schillo (Piratenpartei) und Florian Scheller (Pogo-Partei)



Falsche Justiz-Zahlen: Lüdemann lehnt Rücktritt ab

Justizsenator Carsten Lüdemann hat einen Rücktritt wegen der jahrelang falschen Statistiken über die Zahl verurteilter Jugendlicher abgelehnt. Niemand habe vorsätzlich gehandelt, sagte der CDU-Politiker. Den Vorwurf der GAL, die Bürger absichtlich getäuscht zu haben, wies er zurück. Der Senator räumte jedoch ein, dass die in einer Behördenantwort auf eine Kleine Anfrage enthaltene Fußnote, wonach die Daten wegen eines Erhebungsfehlers überprüft würden, zu wenig gewesen sei. „Wir hätten aktiver kommunizieren müssen. Es war ein Fehler, das nicht zu tun“, so Lüdemann. Die Opposition erneuerte ihre Kritik. Der GAL-Rechtsexperte Till Steffen warf Lüdemann vor, mit „faulen Ausreden“ auf die Kritik zu reagieren. „Die CDU hat mit falschen

Zahlen Politik gemacht.“ Statt einer umfassenden Aufklärung werde weiter nach dem Motto Tarnen, Tricksen und Täuschen gearbeitet, sagte SPD-Innenexperte Andreas Dressel. Neben Lüdemann nimmt die SPD nun auch die justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Viviane Spethmann, unter Beschuss. Diese hatte noch im Oktober nach Bekanntwerden der Erhebungsfehler in der Behörde in der WELT erklärt: „Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass seit 2001 Straftaten von Jugendlichen und Heranwachsenden verstärkt gehandelt werden.“ Lüdemann habe diesen Artikel lesen müssen, sagt Dressel. Spethmann verteidigte sich: Sie habe sich nicht zu der Zahl der Bewährungsstrafen geäußert, sondern zur Gesamtzahl der Verurteilungen. *inga*

Ex-SPD-Chef Petersen nicht im Kompetenzteam

Der frühere Hamburger SPD-Landeschef Mathias Petersen wird nicht dem Kompetenzteam von Michael Naumann, sozialdemokratischer Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl am 24. Februar, angehören. Nach Informationen der WELT verzichtete Naumann auf den Politiker, dessen umstrittene Amtsführung im Frühjahr 2007 zur Krise der Hamburger SPD geführt hatte. Allerdings wird auch Dorothee Stapelfeldt – sie war gegen Petersen bei der Mitgliederbefragung über die Spitzenkandidatur angetreten – nicht dabei sein. Die Abstimmung der Parteibasis war nach dem Diebstahl von rund 1000 Briefwahlstimmen für ungültig erklärt worden.

Naumann werde heute mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Britta Ernst, und dem Sozialexperten Christian Bernzen die ersten beiden Mitglieder seines Kompetenzteams der Öffentlichkeit vorstellen, hieß es. Sie sollen die Gebiete „Bildung, Erziehung und Wissenschaft“ abdecken. Zudem werden wohl auch Fraktionschef Michael Neumann (Inneres) und Parteichef Ingo Eglhoff (Wirtschaft) dem Team angehören. *os*

Schön-Klinik Eilbek eröffnet stationäre Psychosomatik

Die Universitäre Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ist erweitert worden. Neben den bereits bestehenden Ambulanzen im Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) und im Schön-Klinikum Eilbek stehen nun weitere 20 Betten für die stationäre Versorgung von Patienten in Eilbek zur Verfügung. Chef ist Professor Bernd Löwe, gleichzeitig Stiftungsprofessor für Psychosomatik im

Anzeige



UKE. Behandelt wird in Eilbek das gesamte Spektrum psychosomatischer Erkrankungen. „Zu uns kommen beispielsweise Patienten mit Essstörungen oder mit starken Schmerzsymptomen, denen keine körperliche Erkrankung zugrunde liegt. Außerdem behandeln wir körperlich kranke Patienten mit begleitenden psychischen Beschwerden.“

Psychische und psychosomatische Erkrankungen sind die häufigste Ursache für Arbeitsunfähigkeitstage und Frühverrentungen. *gs*

Anarchisten, Piraten und andere Spaßparteien

Seltsame Programme, überschäumender Optimismus: Splitterparteien suchen ihr Glück bei der Bürgerschaftswahl

Von Christian Anders

Sie fordern die Balkanisierung Deutschlands, Raucherschutz statt Nichtraucherschutz, und sie haben sich die „symbolisch-ästhetische Bedeutung“ von Politik auf die Plakate geschrieben. Insgesamt werden acht neue Parteien bei den Wahlen zur Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen in Hamburg am 24. Februar antreten. Dazu zählen Gruppierungen wie die BandeRobusta, die Piratenpartei oder die anarchische Pogo-Partei.

Grundsätzlich lassen sich drei Typen solcher Kleinparteien unterscheiden, sagte der Hamburger Politikwissenschaftler Prof. Michael Th. Greven der WELT. Dem sektenhaften Weltanschauungstypus stünden die humoristischen Spaßparteien und die Ein-Themen-Parteien gegenüber. Diese Unterschiede verdeutlichen sich bei den Hamburger Politik-Neulingen vor allem in der Programmatik und der Ernsthaftigkeit ihres Politikverständnisses.

Die Frage nach dem Grund seiner Kandidatur beantwortet der Spitzenkandidat der Pogo-Partei, Vincent Burmeister, kurz und knapp: „Reich werden!“ Weiteres Ziel des anarchischen Stadtentwicklers ist der Tausch Harburgs gegen Cuxhaven. Außerdem ist der Bau von diversen Tunneln nach Wilhelmsburg geplant. Diese sollen im Anschluss an die Fertigstellung umgehend wieder gesprengt werden, „um den Pöbel zu unterhalten“.

Etwas konstruktiver gibt sich die Piratenpartei. Das zentrale Anliegen ist die Reformierung des Urheber- und Patentrechts, sagt Spitzenkandidat Bernhard Schillo. In Hamburg stünden neben solchen Aspekten dann aber auch noch die Abschaffung von Studiengebühren und Lehrmittelfreiheit im Vordergrund.

Die BandeRobusta hingegen setzt auf einen theoretischen Überbau: Sebastian Hennenberger, Politikstudent aus Hamburg und BandeRobusta-Vorsitzender, betont vor allem die Bedeutung der „Komplexität von Politik“. Der Namenspatron der Partei, eine ausgestorbene neuseeländische Fledermausart, habe weniger eine inhaltliche als eine „symbolisch-ästhetische Bedeutung“. Die BandeRobusta kämpfe vor allem gegen die Vereinfachung von Politik. Ein Beispiel: Es sei wichtiger, kriminelle Jugendliche zu resozialisieren, als Repressionen gegen sie zu verordnen.

Wegen ihrer abstrakten politischen Konzepte und ihrer radikal-surrenellen Forderungen bieten sich wenige Anknüpfungspunkte der Politik-Neulinge zu den etablierten Parteien.

Das finden vor allem die Pogo-Anarchisten unproblematisch. Felix Gerbrod, Wahlkampfmanager der Partei, ist sich der absoluten Mehrheit sicher. Damit erübrigt sich für Gerbrod das Kopfzerbrechen über eine Zusammenarbeit mit einer der „Berliner Blockpartei-

en“. Am ehesten käme allerdings eine Koalition mit „Die Partei“ – Ableger des Satire-Magazins „Titanic“ – in Frage. Diese jedoch hat die absolute Mehrheit ebenfalls bereits fest im Visier. Der „Partei“-Spitzenkandidat ist der Schriftsteller Heinz Strunk, der mit seinem Kultbuch „Fleisch ist mein Gemüse“ einen Bestseller landete. Er sieht das Ziel der absoluten Mehrheit durch eine „hohe Akzeptanz und Schnittmenge bei den Meinungsführern aus dem wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Umfeld“ begünstigt.

„Diese Parteien haben keine Chance im realen politischen Prozess“

Professor Michael Th. Greven

Ob „Die Partei“ allerdings überhaupt bei der Bürgerschaft antreten darf, entscheidet sich erst am 21. Januar. Bis dahin müssen noch die nötigen 1000 Unterschriften für die Kandidatur vorliegen, sagt Landeswahlleiter Willi Beiß. Sollte dieses Vorhaben von Erfolg gekrönt sein, hält „Partei“-Landesvorsitzender Alexander Gruppe schon einige Forderungen parat. Arbeitsplätze sollen durch den Wiederaufbau des Bismarck-Bades und dem schrittweisen Rückbau der Hafencity entstehen. Außerdem solle der Raucherschutz in Hamburg vor den Nichtraucherschutz gestellt werden. Nach der Wahl will Spitzen-

kandidat Strunk dann alle anderen Parteien überflüssig machen.

Auch BandeRobusta-Vorsitzender Hennenberger geht auf Distanz zu den etablierten Parteien. Sicher fände man hier und da inhaltliche Anknüpfungspunkte – aber eben auch viele Unterschiede. Bei fast allen Parteien stünde schließlich Machtpolitik im Vordergrund.

Wenige Berührungspunkte mit der hohen Politik hat hingegen Piratenpartei-Spitzenkandidat Schillo. Gemeinsamkeiten mit den Grünen oder der Linken gebe es durchaus. Insgesamt wolle man einfach

ein neues politisches Thema etablieren, ähnlich wie weiland die Grünen. „Gleichwohl stellt die Wahlkampfkostenerstattung nur eine von mehreren Möglichkeiten dar, die Parteikassen nach getaner Wahlkampfarbeit neu aufzufüllen. Einige Parteien verfolgen mit dem Wahlkampf kommerzielle Nebenzwecke und PR-Strategien, betont der Politologe Greven. Die Finanzierung der Parteien erfolge ansonsten über ein erhebliches Maß an finanziellem und persönlichem Eigenengagement.“

Nicht für alle Parteien ist die Bürgerschaftswahl der erste Anlauf in die hohe Politik. Schon bei der Bundestagswahl 2005 landete die Pogo-Partei mit 1319 Stimmen (0,1 Prozent) in Hamburg unter „ferner liefen“. „Diese Parteien haben keine Chance im realen politischen Prozess“, fasst Prof. Greven zusammen.

Freie NDR-Mitarbeiter wollen gegen Arbeitssperre protestieren

Der Widerstand der freien Mitarbeiter des Norddeutschen Rundfunks (NDR) gegen die Beschäftigungspolitik ihres Senders wächst. Heute wollen gut 70 Betroffene vor einer um 10 Uhr in Hamburg angesetzten Mitarbeiterversammlung protestieren, auf der sich der scheidende Intendant Jobst Plog verabschieden will. Hintergrund ist, dass der NDR für seine freien Mitarbeiter nach maximal 15 Jahren eine mehrmonatige, häufig etwa ein Jahr dauernde Arbeitssperre verhängt. Im Hörfunk greift diese Regel oft schon nach sechs bis acht Jahren.

Der NDR teilte am Mittwoch auf Anfrage mit, dass er mehr freie Journalisten mit Rahmenverträgen beschäftige als feste Redakteure. Mit der Sperrregelung will der Sender sicherstellen, dass sich die Betroffenen nicht auf dem Klageweg eine feste Stelle sichern können. Nach Jahren der Dauerbeschäftigung sehen viele jedoch ihre Existenz bedroht, zumal eine Weiterbeschäftigung nach der Sperrzeit nicht die Regel und auf ein Einkommen von 18 000 Euro pro Jahr begrenzt ist. Der NDR weist darauf hin, dass es sich um freie Mitarbeiter handle und diese deshalb „keine feste Vertragsbeziehung zum NDR eingehen“.

Zum Jahreswechsel 2007/2008 standen NDR-weit 884 freie Journalisten mit Rahmenverträgen 833 fest angestellten Redakteuren gegenüber. Wie viele Mitarbeiter des NDR inzwischen mit einer Arbeits-

sperre belegt wurden oder in absehbarer Zeit werden, ist nicht genau bekannt. Der NDR teilte dazu lediglich mit, im vergangenen Jahr seien 131 Rahmenverträge aus unterschiedlichen Gründen ausgelaufen, darunter auch Qualitätsmängel oder der explizite Wunsch der Betroffenen. Unbestätigten Schätzungen der freien Mitarbeiter zufolge werden jährlich etwa 100 Mitarbeiter mit einer Sperre belegt.

Ihre Hoffnung richten die Freien nun auf den neuen Intendanten Lutz Marmor, der zuvor Verwaltungsdirektor beim WDR war. „Wir wollen den Neuen über einen orangefarbenen Teppich laufen lassen und ihm einen orangefarbenen Blumenstrauß in die Hand drücken, um ihn auf unsere Probleme aufmerksam zu machen“, sagte ein Vertreter der Freien im Norden.

Der WDR, der bisherige Arbeitgeber Marmors, setzt seit einigen Jahren auf das sogenannte Prognosemodell. Dabei wird beim Abschluss von Rahmenverträgen für eine freie Mitarbeit geklärt, wie viele Tage ein Journalist pro Jahr arbeiten oder wie viel Honorar er einnehmen darf. Eine Sperrzeit sieht dieses Modell nicht vor. Ein NDR-Sprecher deutete am Mittwoch an, auch sein Sender werde das WDR-Modell einführen. „In den Bereichen, die dies wünschen, wird es auch das Prognosemodell geben“, sagte er. Entsprechende Gespräche seien allerdings noch nicht abgeschlossen. *epd*